

Pressemitteilung

zum Zweiten Grünen Ratschlag der Grünen
Mandatsträger*innen im Rems Murr Kreis

Kreisverband Rems- Murr

Mayenner Straße 24
71332 Waiblingen
Tel: 07151/ 169 3421
Fax: 07151/ 169 3409
buero@gruene-remmurr.de

Waiblingen, 19.10.2016

5.000 Sozialwohnungen fehlen im Rems-Murr-Kreis

Waiblingen. Gemeinde-, Kreis- und Regionalrät*innen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN diskutierten im Rahmen einer eintägigen Tagung Handlungsoptionen für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Unter dem Motto „Bezahlbarer Wohnraum für alle – wie ist das möglich?“ haben Grüne Mandatsträger*innen am vergangenen Samstag im Waiblinger Bürgerzentrum darüber beraten, was im Kreis getan werden muss, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Dazu referierte am Vormittag die Vorsitzende des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Andrea Lindlohr MdL, über die derzeitigen Aktivitäten auf Landesebene. Sie verwies darauf, dass die Landesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus von bisher 75 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro aufgestockt werden sollen. Die Grün-Schwarze Landesregierung befindet sich hier in einem aktiven Gestaltungsprozess, auch in Koordination mit der Bundesregierung.

Am Nachmittag diskutierten die Rätinnen und Räte gemeinsam mit Landrat Dr. Richard Sigel und dem Geschäftsführer der Kreisbaugesellschaft Johannes Berner, was Landkreis und Kommunen konkret und schnell beschließen und umsetzen können. So soll vermieden werden, dass die Wohnungsnot, welche durch die Notwendigkeit der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen weiter verschärft wird, nicht noch drängender wird. Zu den diskutierten Maßnahmen und Handlungsoptionen zählen die innerörtliche Verdichtung, die Nutzung von Leerstand mittels Zweckentfremdungsvorschriften sowie neue Ideen zum Bauen, wie beispielsweise modulares Bauen. Die Beteiligten waren sich einig, dass alles auf den Prüfstand muss, um so schnell wie möglich eine Verbesserung der Situation zu erzielen. Landrat Dr. Sigel appellierte hierbei an die Kommunen, Offenheit für neue Konzepte und Wege zu zeigen. Den Mangel an Sozialwohnungen im Gebiet des Rems-Murr-Kreises bezifferte er auf 5.000 Wohneinheiten.

Timo Rapp, grüner Kreisvorsitzender und Regionalrat erklärt: „Trotz des hohen Handlungsdrucks muss darauf geachtet werden, dass die Maßnahmen ökologisch

verträglich sind. Beispielsweise kann durch eine hohe Wohndichte unnötiger Flächenverbrauch vermieden werden.“

Christel Brodersen, grüne Kreisvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag erklärt abschließend: „Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller handelnden Gremien, dafür Sorge zu tragen, dass hier kein sozialer Sprengstoff entsteht. Wohnen ist ein Menschenrecht für alle. Die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen müssen hier schnell und pragmatisch handeln“.

**

Kontakte für Rückfragen:

Timo Rapp (Kreisvorsitzender), timo.rapp@gruene-rem-s-murr.de, 0163 7209945

Christel Brodersen (Kreisvorsitzende), christel@broder-sen.de, 07181 992873